

Wählertäuschung und Lobby-Politik von Schwarz-Gelb in der Atomfrage

Die Wählertäuschung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Wahlkampf versprochen:

„Der [1] größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen [2] zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und [3] der erneuerbaren Energien sowie zur [4] Senkung der Strompreise genutzt werden“ (Wahlprogramm CDU/CSU 2009).

- **Wählertäuschung [1]:** Jedes Atomkraftwerk, das am Netz bleibt, bringt pro Tag 1 Million Euro Extra-Profite für die Atom-Multis. Das bedeutet im Jahr ungefähr 6 Mrd. Euro Gewinn für die Atomkonzerne. Da die Brennelementesteuer nur 2,3 Milliarden einbringen soll, wird nicht einmal die Hälfte der Gewinne einbehalten.

Von der Verlängerung der Laufzeiten profitieren derart nicht die Bürger, sondern nur die Aktionäre und Manager der Atom-Konzerne. Dabei wurde die Atomenergie laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace von 1950 bis 2008 schon mit 164,7 Mrd- Euro subventioniert. Zusätzlich summieren sich laut Greenpeace die Kosten mit Steuerrückstellungen, Forschungsförderung, Kosten für den Betrieb der Lager Asse und Morsleben sowie weiteren Leistungen auf 92,5 Mrd. Euro (Stern, 3.9.09). Es scheint Programm bei Schwarz-Gelb: Die Folgen des Spekulantentums im Finanzkapitalismus, Niedriglöhne oder die Endlagerung von Atom-Müll oder der Schutz der Atomanlagen: Die Verluste werden verstaatlicht, die Gewinne privatisiert.

- **Wählertäuschung [2]:** Das Geld aus der Kernbrennstoffsteuer wird nicht in den Forschungsbereich der Energieeffizienz fließen. Im Gegenteil: Im Zuge des schwarz-gelben Sparpakets werden sogar Milliarden bei der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen gekürzt.
- **Wählertäuschung [3]:** Die Brennelementesteuer soll allein in die Haushaltssanierung fließen, nicht in die Förderung von erneuerbaren Energien. Das Energiekonzept wird zur Farce. Es ging im Kern nur um die taktische Umsetzung einer Atom-Laufzeitverlängerung im Interesse von Union, FDP und der vier großen Energieversorger Eon, RWE, Vattenfall und EnBW. Dies geht zulasten von Klimaschutz und Erneuerbaren Energien.

Wählertäuschung [4]: Die Strompreise werden nicht sinken. FDP und Union haben dies im Wahlkampf immer nur behauptet. Eine aktuelle Energie-Studie im Auftrag der Bundesregierung macht deutlich, dass ein Verzicht auf eine Verlängerung der Laufzeiten weder nennenswerten Einfluss auf die Strompreise noch auf die Versorgungssicherheit hätte. Statt mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu schaffen, will die schwarz-gelbe Bundesregierung die marktbeherrschende Stellung der vier Großkonzerne zementieren. Der fehlende Wettbewerb wird für die Verbraucher teuer werden. Deswegen haben auch 150 Stadtwerke in einem Aufruf die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken abgelehnt. Davon würden einseitig die Energieriesen E.on , RWE , EnBW und Vattenfall durch die Multimilliardengewinne profitieren. Nach einem Gutachten der

Stadtwerke würde die Vormachtstellung der vier Kernkraftwerksbetreiber durch längere Laufzeiten auf Jahre festgeschrieben (Spiegel-Online, 12.3.2010).

Wählertäuschung 5: die Kanzlerin lässt in allen Diskussionen nie aus, dass ihr bei einer Laufzeitverlängerung die Sicherheit der Atomkraftwerke oberste Priorität habe. Tatsächlich wird sie mit Sicherheit auch hier einknicken (siehe dpa-Interview weiter unten vom 21.07.2010). Merkels Aussage: Die Atomunternehmen sollen nicht in ihrer Wirtschaftlichkeit beschränkt werden. Da hilft eine einfache Rechnung: Gewinn der Atomkonzerne rd. 6 Mrd. Euro. Minus 2,3 Mrd. Euro Brennelementesteuer, minus einer weiteren Abgabe für die Verbesserung erneuerbarer Energien in unbekannter Höhe, minus rd 1,5 Mrd. Euro für die Sicherheitsnachrüstung der alten Meiler (s. Energiekonzept der Bundesregierung). Da schrumpfen die Gewinne auf deutlich unter 2 Mrd. Euro pro Jahr. Das wird sich die Atomindustrie nicht bieten lassen. Man kann schon mal raten, wo am ehesten gespart wird!

2010 probierte Merkel es erneut mit einer Wählertäuschung: Konkret wollte sie erst die Frage der Laufzeiten nach der Wahl in NRW machen. Dieser Plan, die Wähler in NRW für dumm zu verkaufen, ging schief, wie man heute weiß.

Die Lobby hat gesiegt - Schwarz-Gelb als Teil eines Atomkartells

- **Merkel knickt vor Atom-Kartell ein:** Die großformatigen Anzeigen und Drohungen der Atom-Konzerne und der schwarz-gelben Atomfundamentalisten haben Wirkung gezeigt. Die Konzerne sollen nun nur noch einer freiwilligen Selbstverpflichtung unterworfen werden. Verbindliche Abgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen sie nicht zahlen. Es soll nur einen freiwilligen „Beitrag“ geben.
- **„Neutrale“ Studien, finanziert von der Atomlobby:** Eines der drei beauftragten Institute, welche eine Studie für die Bundesregierung zur Frage erarbeitet hat, wie lange die Atomkraftwerke (AKW) am Netz bleiben sollen, damit die Klimaschutzziele bis 2050 erreicht werden, steht auf der Gehaltsliste der Atomkonzerne Eon und RWE. Es erhielt von beiden Unternehmen jeweils vier Millionen Euro. Das ist als ob man bei Fröschen eine Studie in Auftrag gibt über die Frage, ob es Sinn mache, einen Froschteich trocken zu legen.
- **Das Atom-Kartell hat langfristig geplant:** Es ist keine Verschwörungstheorie. Eine 109-seitige Studie „Kommunikationskonzept Kernenergie – Strategie, Argumente und Maßnahmen“ zeigt, wie das Atom-Kartell den Ausstieg aus dem Atomausstieg geplant hat: In der Studie wird das gesamte Spektrum des Lobbyings und der auf Manipulation gegründeten Kooperation mit den Medien ausbuchstabiert: gekaufte und frisierte Studien mit wissenschaftlichem Anschein, manipulierte Umfragen, Argumentations- Leitfäden, die Gegenargumente ausblenden und Werbebotschaften priorisieren, Negative Campaigning-Strategien gegen Atomkraft-Kritiker und Jubelbeiträge für die Förderer der Atomenergie. Ausgewählte Journalisten und Medien werden mit »bestellten Wahrheiten« versorgt. Der Auftraggeber war wahrscheinlich die E.on AG. So steht u.a. in dem Text:

„Semantisch positiv aufgeladene Begriffe und Fahnenwörter wie etwa ‚Kernenergie als Brückentechnologie‘, eingebettet in das Konzept der ‚Nachhaltigkeit‘, sollen über die Medien etabliert werden“.

Merkel nutzt diesen von der AKW-Lobby erfundenen Begriff der ‚Brückentechnologie‘ in jeder Rede.

- **Angela Merkel als Teil des Atom-Kartells und verantwortlich für die Atom-Politik:** Bundeskanzlerin Merkel versucht sich als neutrale Maklerin zu präsentieren. Dabei hat sie sich im Wahlkampf klar für die Verlängerung der Laufzeiten ausgesprochen.

„Aber ich glaube, besonders wenn ich sie mir weltweit anschau, dass die Kernenergie für eine überschaubare Zeit lang eine Perspektive hat. Deutschland steht es gut an, bei dieser technisch außerordentlich anspruchsvollen Energieerzeugung einen Beitrag zu dieser Entwicklung auch für die absehbare Zukunft zu leisten (...). In vielen Ländern findet daher ein Umdenken in Bezug auf die Kernenergie statt; (...) Wir sehen ein Umdenken, wir sehen in der Energieplanung und den Energieszenarien vieler Länder auch die Nutzung der Kernenergie. Ich persönlich mache mir große Sorgen, was passiert, wenn Deutschland eines Tages aus diesem Bereich ausgestiegen sein sollte, was ich nicht will; ich will die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke, und zwar auf dem besten technischen Niveau“ (Rede Merkel Atomforum, 01.07.2009).

Merkel hat sich schon früh für die finanziellen Interessen der Atom-Konzerne eingesetzt:

„Es hat ja keinen Sinn, wirtschaftlich arbeitende Unternehmen mit Rahmenbedingungen zu belasten, bei denen sie zum Schluss kein Geld mehr verdienen können“ (dpa, 21.07.2010).

- **Umweltminister Röttgen als „Atomlobbyist im grünen Mäntelchen“:** Röttgen gilt fests schon als Atomgegner. Fakt ist: Auch er will die Verlängerung der Laufzeiten. Er hat den ehemaligen Atomlobbyist Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium ernannt. Nach 2004 vertrat er als Anwalt das Münchner Helmholtz-Zentrum, welches das umstrittene Atommüll-Versuchslager Asse betrieb. Und auch Röttgen will die Atomkonzerne nicht zu sehr belasten: „Natürlich müssen dabei Grenzen der steuerlichen Belastung beachtet werden. Wir wollen die Kernenergiebetreiber ja nicht steuerlich erdrosseln, sondern ihre Zusatzgewinne teilweise zur Förderung der erneuerbaren Energien verwenden.“ Warum Röttgen sich derart profiliert in der Atomfrage? Es geht ihm rein um persönliche Ambitionen in der Frage nach der Nachfolge für Merkels Kanzlerschaft.

Und die CSU? Die will die Meiler am liebsten alle wieder unbegrenzt laufen lassen – solange sichergestellt wird, dass der Atommüll nicht in Bayern landet.